

# ***Landtag aktuell***

**16. Juni 2011**

## **Debatte über NÖ Landesbudget 2012**

### **Fortsetzung der Spezialdebatte**

Heute um 9 Uhr wurden die Verhandlungen über den Voranschlag des Landes Niederösterreich für das Jahr 2012 mit der Spezialdebatte zur Gruppe 4, Soziale Wohlfahrt und Wohnbauförderung, fortgesetzt.

#### **Gruppe 4**

#### **Soziale Wohlfahrt und Wohnbauförderung**

In der Gruppe 4 sind im ordentlichen Voranschlag Ausgaben von 1,38 Milliarden Euro und Einnahmen von 762,20 Millionen Euro vorgesehen.

Abgeordnete Marianne **L e m b a c h e r** (VP) meinte, dass die Familie das Rückgrat der Gesellschaft sei und den Menschen Rückhalt und Kraft gebe. Kinder würden in der Familie Urvertrauen, soziale Kompetenz und vieles mehr lernen. Kinderbetreuungseinrichtungen erachte sie für wichtig, weiters gebe es in Niederösterreich gezielte Förderungen, einen kostenlosen Kindergarten am Vormittag, Nachmittagsbetreuung oder auch insgesamt 1.500 Tagesmütter, wobei die Kosten für deren Ausbildung vom Land getragen würden. Auch ein Kinderbetreuungszuschuss werde vom Land zur Verfügung gestellt. Im Zusammenhang mit der Betreuung von Kindern betonte Lembacher die Wich-

tigkeit der Wahlfreiheit. Ebenso erwähnte sie den NÖ Familienpass, die Sportwochenförderung, Ferienbetreuung, Hortförderung, die Mütterstudios, Eltern-Kind-Zentren etc. Niederösterreich sei damit das Familienland Nummer eins.

Abgeordneter Edmund T a u c h n e r (FP) bezeichnete den aktuellen Budgetvorschlag als nicht zukunftsweisend für Familien. Er sprach von „bedenklichen Zahlenspielen“ und erwähnte etwa die Landes-Reha-Heime oder auch die Sozialhilfemaßnahmen in diesem Zusammenhang. Er kritisierte, dass im Bereich der Sozialhilfeeinrichtungen eine Erhöhung um lediglich 19.000 Euro zu verzeichnen sei, im Bereich der Schuldner- und Sozialberatung eine Erhöhung um nur 66.000 Euro. Im Bereich der Pendlerhilfe seien lediglich 3,5 Millionen Euro veranschlagt, obwohl etwa die Treibstoffpreise stark gestiegen wären. Die VP tue alles dazu, "die Familie zu zerschlagen", 2011 habe es Kürzungen bei Maßnahmen gegeben, 2012 gebe es keine Erhöhungen. Beispielsweise nannte er hier den Mehrkindzuschlag oder auch die Senkung des Alleinverdienerabsetzbetrages. Gemeinsam mit seinen Fraktionskollegen brachte er einen **Antrag** betreffend „Mehr Geld für familienpolitische Maßnahmen“ ein.

Abgeordneter Hermann H a u e r (VP) bezeichnete die Vereinbarkeit von Familien und Beruf als zentrales Thema, wobei die Väterkarenz ein Zukunftsthema darstelle, das aufgegriffen werden müsse. Laut einer aktuellen Studie seien zwei Drittel der Väter bereit, in Karenz zu gehen bzw. würden drei Viertel auch Teilzeit arbeiten. Tatsächlich in Anspruch genommen werde die Karenz österreichweit bisher allerdings nur von 4,6 Prozent der Väter. In diesem Zusammenhang seien Teilzeitjobs von wesentlicher Notwendigkeit und man müsse sich vermehrt zu Karenz und Teilzeit bekennen. Der Arbeitgeber Land Niederösterreich wolle die Männer entsprechend motivieren. Bis 2020 sei eine Verdreifachung im Bereich Väterkarenz anzustreben, denn die Väterkarenz ergebe für alle Beteiligten – auch für Arbeitgeber und Gesellschaft – eine Win-win-Situation.

Abgeordnete Christa V l a d y k a (SP) stellte einen Antrag auf eine getrennte Abstimmung einiger Untergruppen der Gruppe 4. Dann widmete sie sich dem Sozialbereich bzw. den Familien und merkte an, dass diesen das Geld ausgehe. Eine Studie zur Armutsgefährdung zeige, dass AlleinerzieherInnen ein besonders großes Risiko hätten, hier seien die staatlichen Transferleistungen von enormer Bedeutung. Von Nöten seien u. a. mehr Kinderbetreuungsplätze, ein Mindestlohn von 1.300 Euro etc. Aktuell seien in Niederösterreich 185.000 BürgerInnen armutsgefährdet, ein so genannter Armuts-Reichtums-Bericht sei erforderlich. Positiv erwähnte sie den flächendeckenden Ausbau der Schuldnerberatung, der durch Landesrätin Scheele erreicht worden sei. Auch die Delogierungsprävention erwähnte sie positiv.

Abgeordnete Amrita E n z i n g e r (G) meinte, dass im Bereich Budget- und Sozialpolitik in Niederösterreich "nicht alles schlecht" sei; einige Posten seien gut dotiert, viele Punkte seien aber noch nicht gut. Auch sie merkte an, dass in Niederösterreich viele Menschen an der Armutsgrenze leben würden. Die Zahl der Obdachlosen habe zugenommen, ebenso die Zahl der SOMA-Märkte. In Mödling etwa habe man bereits 400 SOMA-Pässe ausgeteilt. Sie meinte, leider liege der Schwerpunkt im aktuellen Voranschlag nicht mehr bei der Jugendwohlfahrt, wo Kürzungen vorgesehen seien. Auch zusätzliche Kinderbetreuungsplätze werde es nur dort geben, wo ausdrücklicher Bedarf bestehe. Überdies sei die Mindestsicherung in Niederösterreich in den letzten Monaten sehr stark in Anspruch genommen worden, trotz der vielen gesetzlichen Hürden.

Abgeordnete Erika A d e n s a m e r (VP) meinte, die NÖ Landespolitik unterstütze die Familien bestens mit flexiblen und maßgeschneiderten Angeboten wie der Schulstarthilfe. Das Land Niederösterreich erfülle als Dienstgeber die Charta der Vereinbarkeit von Eltern und Wirtschaft vorbildlich.

Abgeordneter Anton E r b e r (VP) betonte, in der Steiermark würden die Sozialleistungen laufend gekürzt, in Niederösterreich hingegen seien solche Einschnitte nicht not-

wendig. Mittlerweile würden rund 50 Prozent des Landesbudgets für Soziales aufgewendet. Betreutes Wohnen, Essen auf Rädern, die sozialmedizinischen Dienste und die Übergangspflege seien wichtige Grundvoraussetzungen der Sozialpolitik in Niederösterreich. Leistung müsse sich in Niederösterreich lohnen, und Arbeit sei sinnerfüllend für die Menschen. Dies seien wichtige Gründe dafür, dass die Mindestsicherung in Niederösterreich seltener in Anspruch genommen werde als in anderen Bundesländern.

Abgeordneter Edmund **T a u c h n e r** (FP) forderte mehr finanzielle Mittel für die Jugendwohlfahrt. Die heuer veranschlagte Summe liege weit unter dem Budget des Jahres 2010. Überdies seien Indexanpassungen beim Pflegegeld notwendig, da die mobile Pflege immer teurer werde. In diesem Zusammenhang brachte er gemeinsam mit seinen Fraktionskollegen einen **Antrag** betreffend Schaffung einer Ausnahmeregelung für Kostenübernahme in Pflegeeinrichtungen für Menschen aus anderen Bundesländern ein.

Abgeordnete Michaela **H i n t e r h o l z e r** (VP) sagte, die Zahl der Über-80-Jährigen nehme im Land laufend zu, trotz gesellschaftlicher Veränderungen würden nach wie vor 70 Prozent der zu Pflegenden in der eigenen Familie betreut. Wichtig sei in diesem Zusammenhang die Eigenständigkeit der Seniorinnen und Senioren so lange wie möglich zu erhalten. Überdies seien die sozialmedizinischen Dienste aus Niederösterreich nicht mehr wegzudenken. Niederösterreich könne stolz sein, auf die vielen im Pflegebereich Beschäftigten und den hohen Grad des freiwilligen Engagements.

Abgeordneter Herbert **T h u m p s e r** (SP) berichtete über die Jugendwohlfahrt im Land Niederösterreich. Kinder und Jugendliche in Heimen würden eine qualitativ hochwertige Betreuung benötigen, um auf das Leben als Erwachsene bestens vorbereitet zu werden. Weiters sprach er den Sozialarbeitern, die in diesem Bereich tätig sind, Dank und Anerkennung aus. Überdies sicherte er ihnen volle Unterstützung für ihre Anliegen zu. Erfreulich sei, dass der Budgetansatz für die Unterstützung von Kindern in Konfliktsituationen eine Erhöhung erfahren habe.

Abgeordneter Franz M o l d (VP) sprach zum Thema Behindertenhilfe: Ziel des Landes Niederösterreich sei ein auf Bedürfnisse und Möglichkeiten abgestimmtes Angebot, um ein Leben zu ermöglichen, das sich möglichst wenig vom Leben nicht Behinderter unterscheidet. Sehr wichtig seien auch Selbstbestimmung und Teilnahme am gesellschaftlichen Leben.

Abgeordneter Rene L o b n e r (VP) bezog sich auf die flächendeckende Palliativ- und Hospizbetreuung als wesentlichen Eckpfeiler einer sozialen Modellregion. Es sei eine Verpflichtung, dass sich Menschen in den schweren Stunden des Abschiednehmens geborgen fühlen. Der Landesverband Hospiz NÖ umfasse mittlerweile 39 Einrichtungen. Derzeit befinde man sich in der dritten von fünf Ausbaustufen eines flächendeckenden Netzwerkes an Palliativdiensten.

Abgeordnete Heidemaria O n o d i (SP) sagte, ein Drittel der pflegebedürftigen Niederösterreicher würde stationär, zwei Drittel würden mobil betreut. Die NÖ Sozialstudie zeige auch, dass alternative Pflegemodelle wie betreutes Wohnen notwendig seien, die sich an den Bedürfnissen der Menschen orientieren. Das Volkshilfe-Modell der Sozialombudsleute funktioniere sehr gut.

Abgeordneter Ing. Hermann H a l l e r (VP) betonte, das Land Niederösterreich gebe 50 Prozent seines Geldes für Gesundheit und Soziales aus. Menschliche Wärme sei dabei sehr wichtig. Ohne die vielen Ehrenamtlichen wäre es nicht möglich, dass die Sozialregion Niederösterreich auch gelebt werde. Auch in den neuen sozialen Schwerpunkt der Dorf- und Stadterneuerung werde volle Kraft gelegt. Soziale Sicherheit müsse aber auch leistbar sein, Niederösterreich sei hier auf einem guten Weg.

Abgeordneter Hans Stefan H i n t n e r (VP) sprach zum Thema Arbeitsmarkt. Eine solide Arbeitsmarktpolitik könne nur in einer florierenden Wirtschaft funktionieren. Niederösterreich könne mit Fug und Recht behaupten, die große Finanzkrise mit Bravour bestanden zu haben. Die NÖ Arbeitnehmerförderung sei einzigartig in Österreich. Das

NÖ Motto laute: Alle Hilfe jenen, die nicht können, aber kein Verständnis für jene, die nicht wollen.

Abgeordneter Ing. Martin H u b e r (FP) sagte, die Parteipolitik solle aus dem Freiwilligen herausgehalten werden. Bezüglich der Ostöffnung des Arbeitsmarktes habe die FP keine Panikmache betrieben. Die Fakten beständen aber noch immer, der Prozess werde ein längerer sein und Auswirkungen auf Kollektivverträge und Arbeitszeiten haben.

Abgeordneter Anton E r b e r (VP) nahm zu den SOMA-Märkten Stellung, die Menschen an der Armutsgrenze unterstützen, Langzeitarbeitslose integrieren, den Selbstwert der Menschen heben und ökonomische sowie ökologische Einsparungen bringen.

Abgeordneter Franz G r a n d l (VP) bezeichnete die Übernahme der Krankenhäuser in Niederösterreich als Erfolgsgeschichte. Dadurch seien Gemeinden entlastet worden, eine Arbeitsplatzsicherung erfolgt und auch eine Modernisierung des Gesundheitswesens sei erreicht worden. Zum „Sparbuch Niederösterreich“ meinte er, dass es auch im Privatbereich normal sei, in guten Zeiten zu sparen, um in schwierigeren Zeiten etwas auf der Seite zu haben. Nutznießer des Zugriffs auf das Sparbuch sei die Bevölkerung von Niederösterreich.

Abgeordneter Günter K r a f t (SP) warf der FP Scheinheiligkeit und Panikmache vor und widmete sich den beiden Punkten Arbeitnehmerförderungsfonds und Pendlerbeihilfe. Diesen Bereichen werde die SP keine Zustimmung erteilen, da die Dotierung hier nicht ausreichend sei.

Abgeordnete Rene L o b n e r (VP) ging insbesondere auf das Thema Beschäftigung ein und meinte, dass am Arbeitsmarkt durchaus positive Vorzeichen zu sehen seien. Man verzeichne in Niederösterreich den nunmehr 14. Rückgang der Arbeitslosigkeit. Dies sei nicht verwunderlich, heuer seien bereits 197 Millionen Euro in Beschäftigungsinitiativen investiert worden. Dies sei mehr Geld als je zuvor. Ein besonderes Thema wür-

den in diesem Zusammenhang die Lehrlinge darstellen. Ziel sei es, allen Lehrstellensuchenden zu helfen. Dazu gebe es mehrere Ansätze, u. a. das Lehrlingsauffangnetz oder die Lehrwerkstätten. Von Bedeutung seien auch die Lehrstellenberater, die Lehrlinge mit Unternehmen zusammenführen, Firmen zur Ausbildung von Lehrlingen motivieren bzw. über Projekte informieren, die die Jugendlichen beraten und begleiten. Die Zahl dieser BeraterInnen sei inzwischen schon aufgestockt worden.

Abgeordneter Martin **S c h u s t e r** (VP) befasste sich mit der Wohnbauförderung und hielt zunächst fest, dass das Verhältnis zwischen Sanierungsobjekt und Neubau mittlerweile bei 3 : 1 liege. Er bezeichnete die Wohnbauförderung als Beschäftigungs- und Konjunkturmotor, der insbesondere für Familien von Bedeutung sei. Durch die Wohnbauförderung würden außerdem 30.000 Arbeitsplätze geschaffen. Die Wohnassistenz sei auf gleich bleibendem Niveau, bis Ende 2012 sollen hier 800 Wohnungen gefördert werden. Beim betreuten bzw. betreubaren Wohnen seien in Niederösterreich bis dato 3.200 Wohneinheiten bewilligt worden. Im Rahmen des Wohnservices würden hierzulande pro Jahr rund 1.000 Wohnungen verfügbar gemacht, pro Tag verzeichne man hier bis zu 850 Zugriffe. Auch im Hinblick auf die Ökobilanz sei die Wohnbauförderung von Bedeutung, sie habe wesentlichen Anteil beim Erzielen von CO<sub>2</sub>-Reduktionen.

Abgeordneter Karl **M o s e r** (VP) bezeichnete Wohnen als ein Grundrecht jedes Menschen. Die Wohnbauförderung schaffe Arbeitsplätze, schone die Geldbörse und sei umweltorientiert sowie sozial.

Abgeordneter Franz **G a r t n e r** (SP) merkte an, dass im Bereich der Wohnbauförderung im Vergleich von 2010 auf 2012 ein Minus von rund 200 Millionen Euro zu verzeichnen sei. Eine Kürzung der Wohnbauförderung sei jedoch der falsche Weg. Weiters merkte er in diesem Zusammenhang an, dass die Grundbeschaffung sehr teuer geworden und die Kosten explodiert seien. Es sei nicht vorteilhaft, irgendwo Gebäude zu erbauen und darauf zu hoffen, dass Menschen in die jeweilige Region ziehen. Bei der getrennten

Abstimmung werde seine Fraktion der Untergruppe 48 keine Zustimmung erteilen. Gemeinsam mit dem Abgeordneten Waldhäusl brachte er einen **Resolutionsantrag** betreffend Einführung einer „allgemeinen“ Wohnbeihilfe ein.

Abgeordneter DI Willibald E i g n e r (VP) widmete sich in seinen Ausführungen dem Passivhaus. Dieses zeichne sich durch niedrige Energiekosten und hohen Wohnkomfort aus. Das Land decke die entsprechenden Mehrausgaben für derartige Bauten ab. Seit 2008 gebe es bereits eine Sonderförderung in diesem Bereich, die Zahl der Anträge sei seit 2007 von 18 auf 262 gesteigert worden. Als Einzigartigkeit in Europa bezeichnete er den Sonnenplatz Groß Schönau, wo eine Woche Probewohnen möglich sei. Auch er zeigte auf, dass der Trend in Richtung Sanierung bestehender Gebäude gehe und am Sanierungssektor ein hohes Niveau zu verzeichnen sei.

Klubobmann Gottfried W a l d h ä u s l (FP) bezeichnete die Wohnbauförderung als zu wenig hoch budgetiert und ging auf den Resolutionsantrag „allgemeine“ Wohnbeihilfe ein. Er meinte, der soziale Wohnbau sei in Niederösterreich in den letzten Jahren zu teuer geworden. Die Übernahme der Gemeindekrankenhäuser durch das Land Niederösterreich sei eine zukunftsweisende Entscheidung gewesen. Er zog seinen Antrag betreffend Kostenübernahme in Pflegeeinrichtungen für Menschen aus anderen Bundesländern zurück und brachte den **Antrag** gemeinsam mit den Abgeordneten Erber, Vladyka und Tauchner in geänderter Form neu ein.

Abgeordneter Mag. Lukas M a n d l (VP) sagte, im Bereich des Wohnbaus werde die soziale Modellregion in Niederösterreich besonders deutlich. Die Angebote würden von Wohnbauförderung über betreutes Wohnen bis hin zur Wohnassistenz reichen. Innerhalb von zehn Jahren habe sich die Subjektförderung bei der Wohnbauförderung auf 66,5 Millionen Euro mehr als verdoppelt. Mittlerweile seien geförderte Wohneinheiten flächendeckend in ganz Niederösterreich für die Bürger vorhanden. Neben der Schaffung von Ei-



gentum gehe es bei der Wohnbauförderung auch um den Wärmeschutz und die Forcierung der Photovoltaik-Anlagen.

Abgeordneter Ing. Martin H u b e r (FP) brachte gemeinsam mit seinen Fraktionskollegen einen **Antrag** betreffend Errichtung eines Pflegeheimes in Gerasdorf ein. In Gerasdorf sei in den nächsten Jahren von einer besonders dynamischen Bevölkerungsentwicklung auszugehen.

In einer getrennten Abstimmung wurden die Ansätze der Gruppe 4 mit den Stimmen der VP bzw. VP und SP angenommen. Die Resolutionsanträge betreffend Mehr Geld für familienpolitische Maßnahmen, Schaffung einer Ausnahmeregelung für Kostenübernahme in Pflegeeinrichtungen für Menschen aus anderen Bundesländern ein und Einführung einer „allgemeinen“ Wohnbeihilfe wurden abgelehnt, der Resolutionsantrag der Abgeordneten Waldhäusl, Erber, Vladyka und Tauchner betreffend Kostenübernahme in Pflegeeinrichtungen für Menschen aus anderen Bundesländern wurde einstimmig angenommen.

## **Gruppe 5**

### **Gesundheit**

In der Gruppe 5, Gesundheit, stehen im ordentlichen Teil Ausgaben von 492,35 Millionen Euro Einnahmen von 31,33 Millionen Euro gegenüber.

Abgeordneter Karl B a d e r (VP) meinte, es sei ein gutes Gefühl, in einem Land zu leben, in dem auf dem Weg zur sozialen Modellregion die Hälfte des Budgets für Soziales und 25 Prozent für Gesundheit ausgegeben würden. Ziel des NÖ Gesundheitswesens sei es, die Menschen bis ins hohe Alter gesund und vital zu erhalten. Allen Landesbürgern werde eine optimale Gesundheitsversorgung unabhängig von Wohnort, Alter und Einkommen angeboten. Neben der abgestuften Versorgung in den NÖ Krankenanstalten werde in den fünf Gesundheitsregionen in Niederösterreich eine Spitzenqualität bei der medizinischen Betreuung und Pflege geboten. Niederösterreich biete nicht in allen Krankenhäusern alle Leistungen an, aber alles was gemacht werde, erfolge in Spitzenqualität. Leider werde die Finanzierung des Gesundheitswesens immer schwieriger und müsse in Zukunft partnerschaftlich erfolgen, weshalb eine Aufhebung der Deckelung bei Bund und Sozialversicherungen notwendig sei.

Abgeordneter Ing. Hermann H a l l e r (VP) sagte, die NÖ Landeskliniken seien europaweit führend und es würden rund zwei Milliarden Euro für Modernisierungen und Neubauten zur Verfügung stehen. Rund eine Million Euro werde für Fortbildung und Weiterbildung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ausgegeben. Über 82 Millionen Euro habe man durch den zentralen Einkauf eingespart. Gleichzeitig würden aber die Spitäler einen wichtigen Impuls für die regionale Wirtschaft leisten. Gerade im Bereich der Gesundheit sei die Präventionsarbeit unverzichtbar, nannte er insbesondere die Initiativen Gesunde Gemeinde und das Ziel, jeden Niederösterreicher und jede Niederösterreicherin zu mehr Bewegung zu motivieren.

Abgeordneter Ing. Martin H u b e r (FP) sprach den Mitarbeitern im NÖ Gesundheitswesen seinen Dank aus, besonders den Ärzten im ländlichen Raum. Gemeinsam mit seinen Fraktionskollegen brachte er vier **Anträge** betreffend Bundesländerübergreifendes Abkommen bei medizinischen Akutfällen, Nein zur Schließung der Isotopenstation im Landeskrankenhaus Mostviertel Melk, Seuchenvorsorgeabgabe sofort abschaffen bzw. Zusammenlegen der Krankenkassen und Missbrauchsbekämpfung statt Kürzung von Leistungen ein.

Abgeordneter Hans Stefan H i n t n e r (VP) sagte, die Krankenhäuser Baden und Mödling seien ein ungeheurer Wirtschaftsmotor für die gesamte Region. Die Bruttowertschöpfung liege bei 288 Millionen Euro, was insgesamt 5.000 Arbeitsplätze sichere. Die medizinische Zusammenarbeit in den Bereichen Logistik, Versorgung und Krankenzustellung zwischen Mödling und Baden funktioniere hervorragend.

Abgeordnete Dr. Helga K r i s m e r - H u b e r (G) nahm zuerst zum Gesundheitsbereich Stellung: Das Freiwilligenwesen dürfe nicht nur einer „PR-Show“ dienen. Ein **Resolutionsantrag** fordert die Unterstützung der ehrenamtlichen SanitäterInnen in Niederösterreich. Eine private Medizin-Uni helfe nicht gegen den Fachärztemangel am Land. Das Gruppenversicherungsangebot der Uniqa für Landesbedienstete sei gesetzeswidrig. Ein **Resolutionsantrag** fordert, von diesem Angebot Abstand zu nehmen. Im Umweltbereich sei die Nachbesserung des Ökostromgesetzes erfreulich, aus grüner Sicht gebe es zu wenig positive Punkte für eine Zustimmung.

Abgeordneter Anton K a s s e r (VP) betonte, in Niederösterreich gebe es keine Zweiklassen-Medizin. Vereinbarungen mit Versicherungen seien privatrechtlich. Die Initiative „Gesundes Niederösterreich – tut gut“ als Dachorganisation für die Gesundheitsvorsorgetrage wesentlich zur Hebung der Eigenverantwortung bei. Schwerpunkte gebe es in Kindergärten, Schulen, Gemeinden und Landeskliniken. Die neueste Initiative „Los geht’s – jeder Schritt zählt“ trage wesentlich zur Gesundheitsvorsorge bei.

Abgeordneter Benno S u l z b e r g e r (FP) begrüßte die Absicherung der Spitäler im Waldviertel. Das Problem der Isotopenstation in Melk brenne der Bevölkerung unter den Nägeln. Landarztpraxen seien im ländlich-dezentralen Raum unverzichtbar. Der niedergelassene Bereich werde in den nächsten Jahren in Nöte kommen, mittelfristig seien 100 Hausapotheken von der Schließung bedroht. In einem **Resolutionsantrag** wird die Absicherung der Landarztpraxen gefordert.

Abgeordnete Heidemaria O n o d i (SP) unterstrich die Wichtigkeit und Wertigkeit von Gesundheit und Gesundheitsvorsorge. Die Sicherung der guten Qualität des Leistungsangebotes müsse oberste Priorität haben. Gerade im Bereich der Prävention sei Niederösterreich sehr gut aufgestellt. Die Erhaltung der Orthopädie in St. Pölten sei ihr ein großes Anliegen. Sie sei überzeugt, dass auch in kleineren Häusern hervorragende Arbeit geleistet werde. Dem Resolutionsantrag zur Unterstützung ehrenamtlicher Sanitäter werde die SP beitreten. Ein **Antrag** fordert eine getrennte Abstimmung zu einer Untergruppe.

Abgeordneter Dr. Martin M i c h a l i t s c h (VP) sprach von einem „guten Gefühl“ angesichts des Budgets für Gesundheit und Soziales. Man arbeite, so Michalitsch weiter, an Verbesserungen für die DienstnehmerInnen, beispielsweise an der Steigerung der Arbeitszufriedenheit. Auch die betriebliche Gesundheitsförderung solle den PatientInnen mehr Qualität bringen. Ebenso merkte er an, dass in den Landeskliniken im Ausmaß von rund 15 Prozent neue Ärztedienstposten geschaffen worden seien. Abschließend meinte er, dass Spitzen- und Spezialmedizin über das gesamte Land verteilt werden sollten.

Abgeordneter Ing. Franz R e n n h o f e r (VP) widmete sich dem Umwelt- und Naturschutz, wobei er insbesondere das Thema Atomausstieg in den Mittelpunkt stellte. Wie die Entwicklungen in der Schweiz, Deutschland und auch Italien zeigen, würden hier derzeit wichtige Entscheidungen getroffen, die ganz Europa verändern werden. Diese Entwicklungen seien auch Bestätigung dafür, dass Niederösterreich auf dem richtigen Weg

sei. Im Wohnungsbereich, so Rennhofer, sei das Kyoto-Ziel bereits erreicht, wobei die Wohnbauförderung hier eine wichtige Rolle spiele. Im Zusammenhang mit dem Ökostromgesetz brachte er seine Freude darüber zum Ausdruck, dass der Förderdeckel nach oben gegangen sei und in diesem Bereich jetzt 40 Millionen Euro zur Verfügung stünden. Dies sei ein wichtiger und deutlicher Schritt im Ausbau der erneuerbaren Energie.

Klubobmann Mag. Günther L e i c h t f r i e d (SP) meinte, dass er hier keine Zustimmung geben werde, weil zwischen Worten und Handlungen eine Lücke klaffe. Es würden in diesem Bereich viele Millionen Euro in die Öffentlichkeitsarbeit gesteckt und nicht einer zielorientierten Umweltpolitik zugeführt. Konkret sei etwa die Zurücknahme von Fördermaßnahmen nicht zuträglich, beispielsweise im Bereich Wohnbauförderung oder Elektrofahräder. Dies würde nicht zu einer Energiewende und zur völligen Atomstromfreiheit führen. Im Hinblick auf das Atomstromgesetz merkte er an, dass die Arbeiterkammer jetzt hinter diesem stehe und ein riesiger Schritt gemacht wäre, wenn dieses Gesetz nun so beschlossen werden könnte. Gemeinsam mit den Abgeordneten Sulzberger und Krismer-Huber brachte er einen **Resolutionsantrag** betreffend Förderung von Solar-, Photovoltaik-, Biomasseanlagen, Fernwärmeanschlüssen und Wärmepumpen in Form von einmaligen nicht rückzahlbaren Zuschüssen sowie gemeinsam mit Sulzberger, Krismer-Huber, Antoni u. a. einen **Abänderungsantrag** betreffend Höherdotierung des NÖ Klimafonds ein.

Abgeordnete Erika A d e n s a m e r (VP) brachte einen **Antrag** betreffend Neuregelung des Kostenbeitrages für Kinder und Jugendliche bei stationären Behandlungen in Krankenanstalten ein.

Abgeordneter Martin S c h u s t e r (VP) ging insbesondere auf das Klimaprogramm bis 2012 ein. Es gebe in diesem Bereich zahlreiche Projekte. Ein Beispiel sei – aus seiner Heimatgemeinde Perchtoldsdorf – der erste Solarbus. Dieser sei ein europaweit einzigartiger

tiges Projekt, das bereits ExpertInnen aus ganz Europa in Augenschein nehmen möchten.

Abgeordneter Franz **G a r t n e r** (SP) widmete sich der Abfallwirtschaft bzw. den Abfallwirtschaftsverbänden und betonte, dass es diese inzwischen bereits im ganzen Land gebe und nur 19 Gemeinden noch keinem Verband angehören würden. Kritik übte er an der Gewerbemüllverordnung; hier werde Müll oft außer Landes gebracht und dort entsorgt. Dies müsse seitens des Gesetzgebers auf Bundesebene geändert werden. Zuletzt ging er auf die Situation des Grundwassers in Niederösterreich ein.

Abgeordneter Ing. Andreas **P u m** (VP) meinte, dass die Ziele formuliert seien, es jetzt jedoch um die Umsetzung gehe. Biogas habe seine Notwendigkeit, den entsprechenden Anlagen müsse eine Zukunft gegeben werden. Im Bereich Kleinwasserkraft gebe es ein Ökostrompotenzial für zahlreiche zusätzliche Haushalte. Im Bereich Photovoltaik sei der Abbau von Wartelisten von Nöten. Niederösterreich habe die Zeichen der Zeit schon lange erkannt.

Abgeordneter Benno **S u l z b e r g e r** (FP) meinte, der geplante Ausbau der Atomkraftwerke in Tschechien und der Slowakei würde die Sicherheit Niederösterreichs und das Sicherheitsbedürfnis der Bevölkerung betreffen. Ziel aller Fraktionen im NÖ Landtag müsse es sein, ein atomkraftfreies Europa zu bewerkstelligen. Er brachte gemeinsam mit seinen Fraktionskollegen und Abgeordneten Dr. Krismer-Huber einen **Antrag** betreffend Untaugliche AKW-Stresstests und Ausstieg aus EURATOM ein.

Abgeordneter DI Willibald **E i g n e r** (VP) sagte, Niederösterreich verfolge das Ziel, bis zum Jahr 2015 rund 100 Prozent des Stromes aus erneuerbarer Energie zu gewinnen und bis zum Jahr 2020 rund 50 Prozent des gesamten Energiebedarfes im Land mit erneuerbarer Energie abzudecken. Diese große Aufgabe werde mit der Gründung einer eigenen NÖ Energie- und Umweltagentur bzw. dem NÖ Energie- und Effizienzgesetz erreicht. Im Zusammenhang mit der prosperierenden Wirtschaft im Umweltbereich merk-

te Eigner an, dass diese Entwicklung als Chance gesehen werden müsse, etwa auch im Hinblick auf die Schaffung von „green jobs“ im Bau, der Technologie und in der Landwirtschaft.

Abgeordneter Josef E d l i n g e r (VP) meinte, das Land habe punkto Schaugärten viel anzubieten. Die besten Beispiele dafür seien „Die Garten Tulln“ mit mittlerweile über 840.000 Besuchern und die Gartenanlagen in Baden. Bei „Die Garten Tulln“ werde überdies viel Wissen in Sachen Bodengesundheit vermittelt. Niederösterreich sei mittlerweile Mitglied des Europäischen Bodenbündnisses und versuche, den Boden als Wasserspeicher zu erhalten.

Klubobmann Gottfried W a l d h ä u s l (FP) meinte, seine Fraktion bekenne sich zum Ausbau der erneuerbaren Energie. Die Budgetierung des Ökostromgesetzes mit 40 Millionen Euro sei eindeutig zu wenig. Aus Sicht der Experten müsse die Deckelung abgeschafft werden, um einen maximalen Ausbau der erneuerbaren Energiequellen zu ermöglichen. Er brachte gemeinsam mit seinen Fraktionskollegen einen **Antrag** betreffend NEIN zur Ökostromgesetz-Novelle der Bundesregierung ein.

Abgeordneter Konrad A n t o n i (SP) widmete sich in seinen Ausführungen der Atomenergie und den erneuerbaren Energieformen. Alle im Landtag vertretenen Parteien seien daran interessiert, dass es weltweit keine Atomkraftwerke mehr gebe. Leider sei die Atomlobby in Tschechien sehr aktiv und versuche, Temelin auszubauen. Seit der Atomkatastrophe in Japan habe sich der Ruf nach alternativen Energieformen aber verstärkt. Ein Ausstieg aus der Atomenergie werde aber nur möglich, wenn dieser Schritt durch andere Strom- bzw. Energiequellen kompensiert werden könne. Österreich importiere noch immer Atomstrom aus dem Ausland. Neben neuen Windparks und stabilen Rahmenbedingungen gehe es darum, Windenergieprojekte zu forcieren. Windenergie biete eine große Chance, etwa auch im Waldviertel.

Abgeordneter Josef B a l b e r (VP) berichtete über die NÖ Seuchenvorsorge. Seit dem Jahr 2006 habe es durch das Seuchenvorsorgeabgabegesetz Einnahmen in der Höhe von 40 Millionen Euro gegeben. Überdies gebe es im ganzen Land 110 Entsorgungsstellen. Der Abänderungsantrag Höherdotierung des NÖ Klimafonds blieb in der Minderheit. Bei der getrennten Abstimmung fand die Untergruppe 52 die Mehrheit von VP sowie der Rest der Gruppe die Mehrheit von VP und SP. Der Resolutionsantrag A-densamer (Neuregelung des Kostenbeitrages für Kinder und Jugendliche bei stationären Behandlungen in Krankenanstalten) wurde einstimmig angenommen. Sämtliche anderen Resolutionsanträge (Bundesländerübergreifendes Abkommen bei medizinischen Akutfällen, Nein zur Schließung der Isotopenstation im Landeskrankenhaus Mostviertel Melk, Zusammenlegen der Krankenkassen und Missbrauchsbekämpfung statt Kürzung von Leistungen, Absicherung der Landarztpraxen, Unterstützung der ehrenamtlichen SanitäterInnen in Niederösterreich, Gesetzeswidrige Angebote der Uniqa-Krankenversicherung, Untaugliche AKW-Stresstests und Ausstieg aus EURATOM, NEIN zu Ökostromgesetz-Novelle der Bundesregierung, Solar-, Photovoltaik-, Biomasseanlagen, Fernwärmeanschlüssen und Wärmepumpen in Form von einmaligen nicht rückzahlbaren Zuschüssen) blieben in der Minderheit. Der Resolutionsantrag Seuchenvorsorgeabgabe sofort abschaffen wurde trotz einer Meldung von Klubobmann Waldhäusl zur Geschäftsordnung nicht zur Abstimmung zugelassen.



## **Gruppe 6**

### **Straßen- und Wasserbau, Verkehr**

In der Gruppe 6 stehen Ausgaben von 481,43 Millionen Euro Einnahmen von 67,57 Millionen Euro gegenüber.

Abgeordneter Jürgen M a i e r (VP) eröffnete die Debatte: Es werde oft kritisiert, dass Niederösterreich für den Individualverkehr mehr Geld ausbebe als für den öffentlichen Verkehr. Tatsächlich stünden 706 Millionen Euro für den öffentlichen Verkehr 210 Millionen Euro an Investitionen in die veränderten Bundesstraßen gegenüber. Niederösterreich sei sowohl in Sachen Individual- als auch öffentlicher Verkehr ein sehr aktives Bundesland.

Abgeordneter Erich K ö n i g s b e r g e r (FP) sagte, Niederösterreich sei inaktiv bei der Unterstützung der Pendler. 450.000 Menschen in Niederösterreich seien täglich auf das Auto angewiesen, um ihren Arbeitsplatz erreichen zu können. Ein **Resolutionsantrag** seiner Fraktion fordert Gratisparken für niederösterreichische Pendler in Wiener Park & Ride-Anlagen.

Abgeordneter Hermann H a u e r (VP) meinte, um den Vorsprung des Wirtschafts- und Forschungsstandortes Niederösterreich zu sichern, sei die beste Verkehrsinfrastruktur gerade gut genug. Die Auflassung der Verladestationen in Niederösterreich durch die ÖBB bei gleichzeitiger Tarifierhöhung bedeute pro Tag 5.600 Lkw mehr auf der Straße.

Abgeordneter Gerhard R a z b o r c a n (SP) brachte zuerst einen **Antrag** auf gesonderte Abstimmung der Untergruppen 62, 63 und 69 ein. Zum Thema öffentlicher Verkehr erwähnte er, dass Landesrat Wilfing, der nunmehr für diesen Bereich zuständig sei, hier einiges umzusetzen gedenke. Er, Razborcan, hoffe daher auf neuen Schwung in diesem Bereich. Speziell sprach er die Verlängerung von U- bzw. S-Bahn nach Niederösterreich an, welche die SP gerne unterstützen würde. Er brachte zunächst gemeinsam mit Abge-

ordnetem Königsberger einen **Resolutionsantrag** betreffend Verbleib des Eigentums des ÖBB-Konzerns bei der Republik Österreich ein. Gemeinsam mit der Abgeordneten Enzinger brachte er einen **Resolutionsantrag** betreffend zusätzliche S-Bahnlinien für den Großraum Wien ein. Abschließend brachte er einen **Resolutionsantrag** betreffend Ausstattung von Linienbussen mit Bike Racks ein.

Abgeordneter Franz M o l d (VP) meinte, dass der öffentliche Verkehr in Niederösterreich einen besonderen Stellenwert einnehme. Hierzulande liege der Anteil des öffentlichen Verkehrs bei über 13 Prozent, womit man – mit Ausnahme Wiens – führend sei. Mit den Buskonzepten in den Regionen sei ein umfassendes Angebot geschaffen worden. Es gelte, die Bereitschaft der Menschen zur Nutzung öffentlicher Verkehrsmitteln zu fördern. Die Busse würden in diese Richtung zielen, hier würden jährlich 8 Millionen Euro investiert. Den Wieselbus bezeichnete er als eine Erfolgsgeschichte, abschließend ging er auf den Ausbau der Straße am Beispiel der Umfahrung Zwettl ein.

Abgeordneter Ing. Martin H u b e r (FP) befasste sich mit dem Thema Park & Drive-Anlagen entlang der Hauptverkehrsrouten und kritisierte, dass diese zu langsam errichtet würden. Gemeinsam mit seinen Fraktionskollegen brachte er einen **Antrag** betreffend Park & Drive-Erweiterung entlang der Westautobahn A 1 ein.

Abgeordneter Dr. Martin M i c h a l i t s c h (VP) befasste sich mit dem Verkehr im Zentralraum. Insbesondere ging er dabei auf die Mariazellerbahn ein, die er als ein Juwel und technisches Pionierwerk bezeichnete. Punkto Straßendienst und -infrastruktur betonte er, dass man in Niederösterreich über ein gutes Straßennetz verfüge und ständig daran arbeite, Straßenräume auch zu Lebensräumen zu machen. Die MitarbeiterInnen des Straßendienstes würden große Leistungen erbringen. Spezielle Worte des Dankes fand er für den Ausbau der S 34, die Brücke in Traismauer sei eine Erfolgsgeschichte und bringe erhöhte Standortqualität.

Abgeordnete Amrita E n z i n g e r (G) meinte, dass das Thema Verkehr sowohl im umwelt- als auch im sozialpolitischen Bereich immer wichtiger werde. Es müssten andere Maßnahmen als bisher gesetzt werden, das Kyoto-Ziel werde nicht erreicht werden, wenn das Verhalten nicht geändert werde. Sie merkte an, dass in Niederösterreich im Bundesländervergleich das meiste Geld für Mobilität ausgegeben werde. Gemeinsam mit ihren FraktionskollegInnen brachte sie einen **Resolutionsantrag** betreffend Lkw-Maut ein. Zum Bereich öffentlicher Verkehr bemerkte sie, dass Busse keine Züge ersetzen könnten und Sicherheit und Struktur nur durch die Schiene gegeben wären. Es gelte, in den öffentlichen Verkehr zu investieren und PendlerInnen verstärkt zu unterstützen. Sie kritisierte, dass im Budgettopf für den Nahverkehr nicht viel Geld enthalten sei. Gemeinsam mit ihren FraktionskollegInnen brachte sie einen **Resolutionsantrag** betreffend Massive Investitionen in den öffentlichen Nahverkehr ein. Den Resolutionsanträgen der SP würden die Grünen ihre Zustimmung erteilen, den Anträgen der FP wolle man nicht zustimmen. Sie brachte gemeinsam mit den Abgeordneten Königsberger, Ing. Gratzner, Dr. Petrovic, Dr. Krismer-Huber und Weiderbauer einen **Resolutionsantrag** betreffend Erhaltung der Ybbstalbahn ein.

Klubobmann Gottfried W a l d h ä u s l (FP) meinte, man benötige vom Waldviertel rund eine Stunde Fahrzeit, um eine Autobahn oder Schnellstraße zu erreichen. Eine attraktive Infrastruktur sei nicht nur für Pendler notwendig, sondern auch für Betriebsansiedlungen. Überdies sei die Franz-Josefs-Bahn für Pendler und Schüler unattraktiver geworden. Er brachte gemeinsam mit seinen Fraktionskollegen einen **Resolutionsantrag** betreffend Infrastrukturpaket für das Waldviertel ein.

Abgeordnete Mag. Karin R e n n e r (SP) brachte gemeinsam mit den Abgeordneten Enzinger, Petrovic, Krismer-Huber und Weiderbauer einen **Resolutionsantrag** betreffend Verkehrsanbindung des Museumsdorfs Niedersulz ein.

Abgeordnete Rene L o b n e r (VP) beschäftigte sich in seinen Ausführungen mit dem öffentlichen Verkehr im Wiener Umland. In Niederösterreich habe der Ausbau der Park & Ride-Anlagen einen hohen Stellenwert. Mittlerweile gebe es mehr als 32.000 Pkw- sowie 21.000 Zweiradstellplätze. Bei der Errichtung dieser Park & Ride-Anlagen übernehme Niederösterreich 45 Prozent der Kosten. Diese Initiative habe den Nutzen, einerseits den öffentlichen Verkehr attraktiver zu machen und andererseits die Umwelt zu entlasten.

Abgeordneter Ing. Johann H o f b a u e r (VP) brachte gemeinsam mit den Abgeordneten Antoni und Waldhäusl einen **Resolutionsantrag** betreffend Infrastrukturmaßnahmen für das Waldviertel ein.

Abgeordneter Mag. Alfred R i e d l (VP) meinte, in den Hochwasserschutz seien in den letzten Jahren rund 600 Millionen Euro investiert und die erstellte Prioritätenliste für die Bauprojekte konsequent umgesetzt worden. Im Tullnerfeld sei es zu einem steigenden Wasserspiegel gekommen, der unter anderem durch den Einsatz von Pumpwerken gesenkt wurde. Allein für diese Maßnahmen stehe ein Investitionsvolumen von 12 Millionen Euro zur Verfügung.

Abgeordneter Ing. Franz G r a t z e r (SP) sagte, in den letzten Monaten seien die Siedlungsgebiete entlang von Bächen in spezielle Gefahrenzonen unterteilt worden, um die Bevölkerung zu schützen. Er bezeichnete den Schutzwasserbau und die Erhöhung dieses Budgetpostens um 1,5 Millionen Euro als sehr wichtig. Um diese Probleme nachhaltig zu lösen, müssten die Mittel für diese Bauvorhaben noch weiter gesteigert werden.

Abgeordneter Ing. Manfred S c h u l z (VP) sagte, in den letzten 15 Jahren hätten die Hochwasserkatastrophen einen Schaden von rund einer Milliarde Euro in Niederösterreich ausgelöst. Im Zusammenhang mit der Errichtung von Rückhaltebecken merkte er an, dass die meisten der in Österreich umgesetzten Projekte in Niederösterreich verwirklicht wurden. Das Land habe punkto Frühwarn- und Prognosesystem schon sehr viel für den Hochwasserschutz getan, der mittlerweile auch grenzüberschreitend erfolge. Schulz

sprach den Mitarbeitern der Abteilungen der Gruppe Wasser beim Amt der NÖ Landesregierung seinen Dank für die erbrachten Leistungen aus.

Abgeordneter Benno S u l z b e r g e r (FP) meinte, die Abwasserreinigung sei zwingend notwendig, um auch ein reines Grundwasser bzw. Trinkwasser zu erhalten. Die Förderstelle entsprechend zu dotieren, sei auch in den nächsten Jahren nötig, weil ein gewisser Prozentsatz an niederösterreichischen Gemeinden erstmals mit einer Abwasseranlage ausgerüstet werde und zudem Altanlagen, die mehr als 20 Jahre alt seien, nachgerüstet werden müssten.

Abgeordneter Herbert T h u m p s e r (SP) betonte, es sei besser, vorher zu schützen als nachher helfen zu müssen. Im Hochwasserschutz sei das Tempo daher zu verschärfen. An den Oberläufen müssten unbedingte Retentionsbecken geschaffen werden, um die Unterläufe zu schützen. Im Bereich der Wasserleitungssanierung müssten in den nächsten Jahren hohe Investitionen getätigt werden.

Abgeordneter Josef B a l b e r (VP) sagte, 90,5 Prozent der Niederösterreicher bezögen ihr Wasser aus öffentlichen Wasserversorgungsanlagen. Die Wasserversorgung sei eine kommunale Kernaufgabe, die Wasserleitungen seien zum Teil bereits in die Jahre gekommen. Die Siedlungswasserwirtschaft sichere Tausende Arbeitsplätze und sei damit ein wesentlicher Wirtschaftsfaktor.

Abgeordneter Günter K r a f t (SP) bezog sich auf die Donaubrücke Traismauer. Diese habe auch negative Auswirkungen in Bezug auf den gestiegenen Lkw-Verkehr durch so genannte „Mautflüchtlinge“. Ein **Resolutionsantrag** gemeinsam mit dem Abgeordneten Königsberger fordert ein regionales Lkw-Durchfahrverbot.

Abgeordneter Mag. Alfred R i e d l (VP) meinte, es seien bereits kurz- und mittelfristige Maßnahmen gesetzt bzw. eingeleitet worden. Es sei daher alles bereits im Laufen, dennoch werde er dem Antrag beitreten.

Bei der folgenden Abstimmung wurden die Untergruppen 62, 63 und 69 mit VP-Mehrheit, der Rest der Gruppe mit VP-SP-Mehrheit angenommen. Die beiden Resolutionsanträge Hofbauer, Antoni, Waldhäusl (Infrastrukturmaßnahmen Waldviertel) und Kraft, Königsberger und Riedl (regionales Lkw-Durchfahrverbot) wurden einstimmig angenommen. Alle anderen Resolutionsanträge (Gratisparken für NÖ Pendler in Wiener Park & Ride-Anlagen, Verbleib des Eigentums des ÖBB-Konzerns bei der Republik Österreich, zusätzliche S-Bahnlinien für den Großraum Wien, Linienbusse mit Bike Racks, Park & Drive-Erweiterung entlang der Westautobahn A 1, Lkw-Maut, Massive Investitionen in den öffentlichen Nahverkehr, Infrastrukturpaket für das Waldviertel, Verkehrsanbindung Museumsdorf Niedersulz, Erhaltung Ybbstalbahn) blieben in der Minderheit.

## **Gruppe 7**

### **Wirtschaftsförderung**

In der Gruppe 7 stehen Ausgaben von 163,15 Millionen Euro Einnahmen von 7,66 Millionen Euro gegenüber.

Abgeordnete Michaela **H i n t e r h o l z e r** (VP) eröffnete die Debatte: Der Blick auf die Zahlen zeige, dass die Wirtschaftskrise Gott sei Dank überwunden sei. Man liege nur noch knapp hinter den Höchstwerten von 2008. Eine derart schnelle Erholung der Wirtschaft liege im Engagement der Unternehmer und in der Arbeit der Politik begründet, die zur richtigen Zeit die richtigen Schritte gesetzt habe. Auch die Neustrukturierung des Wirtschaftsressorts und die neue Wirtschaftsstrategie NÖ hätten gegriffen.

Dritter Präsident Alfredo **R o s e n m a i e r** (SP) beleuchtete die Wirtschaftspolitik aus Sicht der Unternehmen und der unselbstständig Beschäftigten. Die Wirtschaftsdaten seien hervorragend, von den Technopolen gingen entscheidende wirtschaftliche Impulse aus. Wer in der Technologie vorne sei, dem gehöre die Zukunft. Die ecoplus sei dabei ein unverzichtbarer Partner. Mit der finanziellen Ausstattung der Arbeitsstiftungen und des AMS müsse man aber unzufrieden sein.

Abgeordneter Mag. Alfred **R i e d l** (VP) bezeichnete die Entwicklung des Bundeslandes vom Agrarland zum Technogieland als eine Erfolgsgeschichte. Das Land Niederösterreich sei ein verlässlicher Partner für die Wirtschaft. Niederösterreich erhebe den Anspruch ein Technogieland erster Güte zu sein. Man habe in den letzten Jahren beachtliche Mittel in den Ausbau der Technologiezentren investiert.

Abgeordneter Ing. Franz **G r a t z e r** (SP) meinte, der Tourismus könne ein Türöffner für die gesamte Wirtschaft sein. In Niederösterreich sei die Zahl der Nächtigungen und Ankünfte im Jahr 2010 leicht gestiegen. Der Trend „nah statt fern“ habe sich in Niederös-

terreich voll bestätigt. Der Hauptauslandsmarkt sei nach wie vor Deutschland. Er betonte auch die Bedeutung der touristischen Entwicklung im ländlichen Raum.

Abgeordneter Ing. Manfred S c h u l z (VP) sagte, dass das Segment Urlaub am Bauernhof in den letzten zehn Jahren eine Steigerung von 30 Prozent verzeichnet hat. Dieser Bereich gewinne daher immer mehr an Bedeutung und sei auch ein Bindeglied zwischen Landwirtschaft und Tourismus. Weiterer Schwerpunkte seien das Geschäftsfeld Kultur, Kulinarik und Wein sowie die NÖ Wirtshauskultur, die bodenständige Gastlichkeit und regionale Spezialitäten bieten würde.

Abgeordneter Ing. Johann H o f b a u e r (VP) meinte, das Thema Tourismus sei ein wachsendes Segment, das zusätzliche Arbeitsplätze und Wertschöpfung bringe. Er verwies auf die vor kurzem vorgestellte Tourismusstrategie „Niederösterreich 2015“. Niederösterreich sei das Kernland Österreichs und habe u. a. eine einzigartige Landschaft und ein bestens aufgestelltes Kulturangebot vorzuweisen. Tourismuspolitische Ziele seien etwa die Steigerung der Wertschöpfung sowie der Nächtigungen und die Verankerung der Marke Niederösterreich. Ein besonderes Erfolgsprojekt der niederösterreichischen Tourismuswirtschaft sei die NÖ Card.

Klubobfrau Dr. Madeleine P e t r o v i c (G) betonte, dass die Grünen eine Anteilnahme der öffentlichen Hand am Wirtschaftsleben grundsätzlich befürworten würden. Die öffentliche Hand könne aber nur Akzente setzen. Sie sprach sich dafür aus, diese Akzente etwa in den Bereichen Energie und Verkehr zu setzen. Alles was helfe Energie sparsam einzusetzen, werde sehr stark nachgefragt werden. Die öffentliche Hand sollte in diesem Bereich dabei eine Vorbildfunktion übernehmen. Zu den Rahmenbedingungen zählten auch die Verfügbarkeit von qualifizierten Arbeitskräften sowie die Frage, wie weltoffen ein Land sei.

Klubobmann Gottfried W a l d h ä u s l (FP) erinnerte an die Konjunkturpakete, die im Landtag beschlossen wurden. Es sei schwierig, den Erfolg dieser Pakete zu messen und



zu bewerten. Er merkte außerdem an, dass der Tourismus in Niederösterreich aufblühe und Arbeitsplätze schaffe und sichere. Zum Thema Wirtschaft meinte er u. a., dass - wenn an einem Ort die Infrastruktur passe - sich auch Betriebe ansiedeln würden. Die Politik habe dafür die Rahmenbedingungen zur Verfügung zu stellen. Gemeinsam mit seinen Fraktionskollegen brachte er zum Thema Energie einen **Antrag** betreffend Leisbare Energie für die niederösterreichischen Bürger ein.

Abgeordneter Hermann F i n d e i s (SP) meinte, dass das Weinviertel „immer eine Reise wert“ sei und für jeden das Richtige biete. Es handle sich hierbei um eine Urlaubs- und Ausflugsregion, in der es entsprechende Projekte und Sehenswürdigkeiten gebe. Die NÖ Landesausstellung 2013 werde in diesem Zusammenhang das ihrige beitragen.

Abgeordneter Franz M o l d (VP) meinte, dass ein erfolgreicher Wirtschaftsstandort u. a. über eine entsprechende Verkehrserschließung, kurze Verkehrswege und auch eine hohe Lebensqualität verfügen müsse. Dabei handle es sich um unternehmerfreundliche Rahmenbedingungen, die es in Niederösterreich gebe. Die ecoplus sei eine Schnitt- und Servicestelle und biete als One-Stop-Shop optimale Versorgung. 2011 seien von ecoplus bis dato bereits 625 Arbeitsplätze geschaffen und abgewickelt worden. Im Waldviertel habe standort:aktiv seit 2008 20 Projekte umgesetzt und 280 Arbeitsplätze geschaffen. In den 17 Wirtschaftsparks, an denen ecoplus beteiligt sei, und in den vier Technologiezentren würden 18.000 MitarbeiterInnen beschäftigt.

Abgeordneter Mag. Gerhard K a r n e r (VP) führte aus, dass die Internationalisierung der NÖ Wirtschaft eine Erfolgsgeschichte sei und Niederösterreich bzw. seine Betriebe Erweiterungsgewinner seien. Man würde heute eine Exportquote von 45 Prozent halten, 6 von 10 Euro würden bereits im Export verdient. Abschließend erwähnte er noch den Neuland-Award und auch die Entscheidung zur Konzentration auf den russischen Markt.

Abgeordnete Marianne L e m b a c h e r (VP) widmete sich speziell der Landwirtschaft und bemerkte, dass es hier in Niederösterreich aktuell 45.800 Betriebe gebe. Die Land-

wirtschaft erbringe große Leistungen, nicht nur im Bereich der Lebensmittel, sondern auch im Tourismus und in Bezug auf den Erhalt der Landschaft. Die Landwirtschaft brauche allerdings auch die Ausgleichszahlungen aus Brüssel. In Niederösterreich würde seitens der Landwirtschaft beste Qualität geboten. Die Initiative „So schmeckt NÖ“ würde sehr gut angenommen, man habe auch sehr gute Direktvermarkter im Lande. Die Landwirtschaft habe im Budget sowie bei den KonsumentInnen einen großen Stellenwert.

Abgeordneter Franz G r a n d l (VP) ging zuerst auf die Forstwirtschaft ein und berichtete, dass man darauf stolz sein könne, dass die Waldfläche in Niederösterreich, die derzeit bei 40 Prozent liege, geringfügig mehr werde. Der Wald liefere Rohstoff in Form von Holz, Erholung und Schutz und sei zudem ein Filter für die Grundwasserreservoirs. In weiterer Folge ging er auf die Dorfhelferinnen und den Zivildienst ein. Innerhalb eines Jahres seien in Niederösterreich von 32 Dorfhelferinnen 416 Einsätze geleistet worden. Die Zivildienstler kämen in besonders tragischen Fällen zum Einsatz, 2010 habe man 15 Zivildienstler ausgebildet und auf 30 Betrieben eingesetzt. Dieser Schritt habe die Existenzsicherung für diese Betriebe bedeutet.

Abgeordneter Benno S u l z b e r g e r (FP) setzte sich mit dem Thema des Pflanzenschutzes bzw. des vermehrten Bienensterbens auseinander. Er brachte gemeinsam mit seinen Fraktionskollegen einen **Antrag** betreffend Verhinderung des Bienensterbens durch Verbot von bestimmten Maisbeizmitteln ein.

Abgeordneter Mag. Gerhard K a r n e r (VP) berichtete über die Bedeutung des ländlichen Raumes als wichtige Schnittstelle zwischen Landwirtschaft und Wirtschaft. Im aktuellen Budgetentwurf seien viele Programme enthalten, die die klein- und mittelständischen Betriebe sowie die Landwirte unterstützen. Die aktuellen Arbeitsmarktzahlen würden diese positive Entwicklung im ländlichen Raum verdeutlichen.

Klubobmann Mag. Günther L e i c h t f r i e d (SP) meinte, bei diesem Budgetpunkt dürfe es nicht ausschließlich um die Landwirte gehen, sondern um die Landwirtschafts-

politik, die in Niederösterreich seit Jahrzehnten umgesetzt werde. Die Zahlungen an die Bauern dürften aber nicht als Sozialleistungen gesehen werden, sondern seien eine Abgeltung für erbrachte Leistungen, unter anderem für den Erhalt der Landschaft.

Abgeordneter Ing. Hermann H a l l e r (VP) sagte, 50 Prozent der Niederösterreicherinnen und Niederösterreicher würden im ländlichen Raum leben, und dazu zähle auch die Landwirtschaft. Im Zusammenhang mit der Landwirtschaft merkte er an, dass die Direktvermarktung eine ganz große Chance für die Bäuerinnen und Bauern sei.

Die Gruppe 7 wurde mit Mehrheit angenommen. Die zwei Resolutionsanträge (Leistbare Energie für die niederösterreichischen Bürger und Verhinderung Bienensterben) blieben in der Minderheit.

## **Gruppe 8**

### **Dienstleistungen**

In der Gruppe 8 sind Ausgaben von 2.336,88 Millionen Euro und Einnahmen von 2.320,70 Millionen Euro vorgesehen.

Abgeordneter Otto Kernstock (SP) brachte einen **Resolutionsantrag** betreffend Versorgungsgap bei den NÖ Gesundheitsberufen ein und verlangte in einem **Antrag** eine getrennte Abstimmung.

Abgeordneter Dr. Martin Michalitsch (VP) meinte, die Ausbildung bei den NÖ Gesundheitsberufen sei ein großes Thema. Das Land Niederösterreich habe aber die richtigen Maßnahmen gesetzt, zum Beispiel bei der Dienstzeit und bei der Vereinbarkeit von Familie und Beruf.

In einer getrennten Abstimmung wurden die Ansätze der Gruppe 8 mit den Stimmen von VP bzw. VP und SP angenommen. Der Resolutionsantrag fand keine Mehrheit.

## **Gruppe 9**

### **Finanzwirtschaft**

In der Gruppe 9 stehen im ordentlichen Teil Ausgaben von 688,96 Millionen Euro Einnahmen von 3,45 Milliarden Euro gegenüber.

Klubobmann Gottfried **W a l d h ä u s l** (FP) brachte gemeinsam mit seinen Fraktionskollegen einen **Resolutionsantrag** betreffend Kein Verscherbeln des Familiensilbers ein.

Abgeordneter Mag. Alfred **R i e d l** (VP) betonte, es gebe im Land keine Strategieänderung bei der NÖ Budgetpolitik. Das Budgetprogramm in Niederösterreich werde eingehalten bzw. unterschritten.

Die Gruppe 9 wurde mit VP-Mehrheit angenommen. Der Resolutionsantrag fand keine Mehrheit.

Der Dienstpostenplan wurde mit VP-Mehrheit angenommen.

Der Voranschlag für das Jahr 2012 wurde mit den Stimmen der VP verabschiedet.

Schluss der Budgetverhandlungen